Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 24

Artikel: Die letzte tschechoslowakische Widerlegung sowjetischer Lügen : die Antwort auf Moskaus "Weissbuch"

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076604

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die letzte tschechoslowakische Widerlegung sowjetischer Lügen

Die Antwort auf Moskaus «Weissbuch»

Von Mitgliedern der CSSR-Akademie der Wissenschaften, in «Reporter», Prag

Was wir heute hier veröffentlichen, ist vielleicht das letzte wichtige Dokument dessen, was vom «Prager Weg» übriggeblieben ist. Die Zeitschrift «Reporter», in der es am 30. Oktober erschienen ist, wurde unmittelbar darauf verboten, zusammen mit der Zeitschrift «Politika», die Auszüge daraus gebracht hatte. Es handelt sich um eine Widerlegung des sogenannten «Weissbuches», das in Moskau zur Rechtfertigung des sowjetischen Einmarsches in die CSSR von einer anonymen «Pressegruppe» gemacht wurde. Die Antwort der tschechoslowakischen Wissenschafter ist, was im Text ja auch angeführt wird, bereits von der Zensur überschattet, und die notgedrungene Argumentation über Marxismen und Leninismen ist in Kauf zu nehmen. Die Widerlegung der These von der Konterrevolution ist schön, aber darüber hinaus dürfen wenigstens wir im Ausland noch feststellen, dass ein Land auch dann noch Anspruch auf seine Souveränität haben sollte, wenn es sich tatsächlich vom «Sozialismus» entfernen würde. Das alles hindert indessen nicht, dass dieses Dokument zu einem Zeitpunkt, da sich die sowjetisch verstandene Normalisierung nun auch des internen Lebens in der CSSR bemächtigt hat, von historischem Wert ist. Es überführt nicht nur das «Weissbuch» der Lüge, sondern mittelbar auch das System, das sie aus seiner Natur heraus benötigt. Dass die Antwort aus kommunistischer Sicht geschrieben wurde, zeigt die Tragik der echten Kommunisten auf, denen es nirgends gestattet ist, ihren Idealen in einem kommunistischen Land nachzuleben.

Es ist zwischen zivilisierten — und erst recht brüderlichen — Nationen üblich, den Meinungsaustausch auf Grund von nachgewiesenen Tatsachen, gründlichen Analysen und allgemein anerkannten ethischen Prinzipien zu pflegen. Es sind genau diese Dinge, welche in der Publikation fehlen, welche kürzlich von einer «Pressegruppe sowjetischer Journalisten» unter dem Titel «Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei» (Moskau 1968) veröffentlicht wurde. Die Redaktion von «Reporter» hatte ursprünglich keinerlei Absicht, sich mit diesem Werk sowjetischer Journalisten zu befassen. Indessen ist das Buch, das schon in tschechischer Sprache auf dem Territorium der CSSR verbreitet wurde, auch in andere Sprachen übersetzt und auf der ganzen Welt verteilt worden. Das ändert natürlich die Sachlage, und wir haben kein Recht, uns angesichts der unbegründeten Behauptungen, Halbwahrheiten und Erfindungen still zu verhalten. Daher veröffentlichen wir hierzu die Ansichten von Fachgruppen aus sozialwissenschaftlichen Instituten der Akademie: Soziologen, Oekonomen, Philosophen und Historikern. Wir empfehlen unseren Lesern, sich die Publikation «Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei» zuzutun, um ihren Inhalt und das Ausmass ihrer Vertrauenswürdigkeit an den allgemein bekannten Tatsachen zu messen. In ihren Stellungnahmen haben unsere Wissenschafter diese Tatsachen zusammengefasst und in Erinnerung gerufen.

I. Stellungnahme der Soziologen

Eine inhaltliche Analyse dieses Dokumentes würde mindestens eine Woche Arbeit erheischen. Denn schon eine flüchtige Prüfung zeigt, dass eine Anzahl von Tatsachen erfunden oder verzerrt wurde, dass eine Anzahl von Zitaten völlig aus dem Zusammenhang gerissen wurde, so dass sich ein völlig verkehrter Sinn ergibt. Gleichzeitig basieren Bewertungen und Schlussfolgerungen nicht nur auf einer absoluten Unkenntnis der wirklichen geschichtlichen oder gegenwärtigen Situation in der Tschechoslowakei, sondern auch noch auf eine nur sehr oberflächliche Kenntnis der marxistischen Theorie. Die marxistische Terminologie wird willkürlich verwendet, was eine Verzerrung sowohl des Marxismus als auch der faktischen Zusammenhänge zur Folge hat. Aus diesen Gründen werden wir uns, da uns nur wenig Zeit zur Verfügung steht, auf eine kurze Analyse der methodologischen Ausgangspunkte und Vorgehensmoden konzentrieren, die der Zusammenstellung dieses Dokumentes als Basis dienen und damit seine Gesamtqualität bestimmen, ferner das Ziel, für welches es geschrieben wurde.

■ ■ ■

Im einleitenden Teil erklären die Autoren, ihr Kompendium sei in erster Linie dazu bestimmt, Tatsachen, belegbare und unbestrittene Tatsachen, zu publizieren, während die Einordnung dieser Tatsachen den anschliessenden Analysen und Bewertungen vorbehalten sei. Nun hält das Dokument keiner näheren Prüfung stand, soweit es um die Tatsachen geht, die es anführt. Und was die Analyse der Zusammenhänge betrifft, bieten die Verfasser statt dessen falsches und fabriziertes Material an. Unabänderlich urteilen sie über jede Art von Material, das sie aus allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens zusammengetragen haben: Philosophie, Soziologie, Wirtschaftspolitik, Innen- und Aussenpolitik. Auf diese Art suchen sie als ein ganzes Team von Spezialisten aufzutreten.

Natürlich ist eine Analyse dieser Art deutlich durch Oberflächlichkeit, ja äussersten Dilettantismus gekennzeichnet. Da gibt es elementare Verstösse gegen die Logik des angeführten Materials so gut wie Verletzungen der fundamentalen Thesen marxistischer Theorie oder Uebertretungen der einfachsten Regeln journalistischer Ethik. Unter diesen Umständen lässt das Dokument angesichts der tschechoslowakischen Gegebenheiten Zweifel an der Ernsthaftigkeit der journalistischen Arbeit in der Sowjetunion überhaupt aufkommen, und solche Unverantwortlichkeit schadet den tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen. Da dieses Material Verzerrungen oder Verneinungen von Tatsachen enthält, die der allgemeinen Oeffentlichkeit als wahr bekannt sind und durch Zeugen bewiesen werden können, da ferner dieses Dokument durch sowjetische Einheiten in unserer Oeffentlichkeit verteilt werden, fürchten wir ausserordentlich, dass es den ohnehin schwer genug fallenden Anstrengungen entgegenwirken wird, die Freundschaft zwischen den tschechoslowakischen und sowjetischen Völkern zu pflegen.

Zunächst hält das vorgelegte Material einer Prüfung der Fakten nicht stand.

a) Es enthält einige offenkundige Tatsachenwidrigkeiten und Lügen. Es muss jeden Bürger der CSSR entrüsten, wenn er das liest, was im Kapitel «Lüge — Waffe der Konterrevolution» geschrieben steht. Wer immer das liest, wird sich zweifellos immer des Satzes erinnern, den die sowjetischen Journalisten gewählt haben, um die Aktivität der tschechoslowakischen legalen Presseorgane zu schildern:

«Lügen, schamlose, niederträchtige, mitunter unwahrscheinlichste Lügen.» (Deutsche Ausgabe S. 124; Red. KB.)

Jeder, der die August-Ereignisse in der Tschechoslowakei durchgemacht hat, muss sich fragen, wer hier tatsächlich gelogen hat. Wir haben wahllos einige der empörendsten Tatsachen herausgegriffen, welche das Dokument als Lügen bezeichnet:

«... dass die verbündeten Truppen „angeblich" auf das Kinder-Krankenhaus am Karls-Platz geschossen hätten. Die Schüsse seien aus unmittelbarer Nähe, vom Dach des benachbarten Hauses aus, abgegeben worden. Die Fenster, Decken und die kostspielige medizinische Ausrüstung seien zertrümmert.» (Deutsche Ausgabe S. 124; Red. KB.)

«Heute wurde in Prag eine 22jährige Frau schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Sie wurde beim Versuch, in die Strassenbahn einzusteigen, von der Maschinenpistole eines Okkupanten verletzt.» (Deutsche Ausgabe S. 126; Red. KB.)

«In Kosice haben die Okkupanten zwei Knaben getötet, zwei andere wurden verletzt. Beim Einmarsch in Libercy wurden 6 Menschen getötet und 17 verwundet.» (Deutsche Ausgabe S. 128; Red. KB.)

b) Im Dokument werden gewisse Beschuldigungen wiederholt, welche durch offizielle tschechoslowakische Stellen und zuweilen sogar durch sowjetische Quellen vollständig wiederlegt worden sind. Dies betrifft den angeblichen Abschuss eines Helikopters in Kostomlaty (siehe dazu KB, Nr. 20, S. 5; Red. KB), die angebliche Entdeckung eines Waffenverstecks im Agrarministerium — es handelte sich um Waffen, die der Volksmiliz gehörten — und die angebliche Entdeckung eines geheimen Waffenlagers im Prager Journalistenhaus (die Waffen waren von den sowjetischen Okkupanten hingebracht worden; Red. KB).

c) Das Dokument vermischt fortwährend die Zeit vor dem 21. August mit der Periode nach

dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen. Es ist nur natürlich, das der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen für die gesamte Bevölkerung der Tschechoslowakei als Schock kam. Sie konnte die Gründe für diese Aktion nicht verstehen, und es kam zu einer ganzen Reihe von emotionellen Reaktionen. Die Situation, die sich daraus ergab, wurde noch weiter durch den Unterschied belastet, der sich zwischen dem ergab, was die tschechoslowakischen Bürger mit ihren eigenen Augen sehen konnten, und dem, was in der Information beschrieben wurde, welche die Presse der verbündeten Länder gab. Die spontanen Protestakte unserer Bürger gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Armeen werden im Dokument als Argument zur Stützung der Behauptungen benutzt, wonach es organisierte Vorbereitungen zu einer sogenannten Konterrevolution gegeben habe.

d) Die Darlegung der Fakten wird weiter dadurch entwertet, dass die Zitate, welche die ideologische und politische Vorbereitung der Konterrevolution beweisen sollten, grob verzerrt sind: Entweder sind sie unvollständig, oder vollständig ausserhalb ihres Zusammenhanges, so dass ihre tatsächliche Aussage pervertiert wird. Wir greifen einen der flagrantesten Fälle heraus, die Zitierung eines Artikels von Dozent Vejvoda in «Rude Pravo» vom 16. Mai 1968, Seite 42, sowie ein Zitat von Brodsky, Seite 74 (tschechische Ausgabe). Es wäre notwendig, sämtliche Zitate dieser Publikation in dieser Hinsicht zu prüfen.

■ ■ ■

a) Die Argumentationsmethode des Kompendiums ist vom gnostisch-ethischen Gesichtspunkt völlig unannehmbar. Zuverlässig wird jedes negative Zeichen, auch zufälliger Natur, ohne Rücksicht auf die Zusammenhänge als charakteristisch für den Stand der Dinge in der gesamten tschechoslowakischen Gesellschaft vorgestellt, während umgekehrt alle positiven Zeichen, etwa die Treue zu den Positionen des Sozialismus, die Unterstützung für die KPTsch, die Verbindung zwischen der Partei und dem arbeitenden Volk, willkürlich als Teil der sogenannten Maske geschildert werden, welche die angebliche Konterrevolution verberge. Wo sich die Fakten nicht zur Beweisführung verdrehen lassen, betonen die Autoren den unsichtbaren, ruhigen und friedlichen Charakter der Konterrevolution. Auf diese Weise wird gerade das Fehlen von Tatsachen, welche die Existenz einer Konterrevolution beweisen könnten, als Beweis für ihre Existenz gewertet. So lässt sich natürlich jegliche Gesellschaft und jegliche gesellschaftliche Bewegung diskreditieren. Diese Methoden, so typisch für die antikommunistischen Formen der bourgeoisen Propaganda, sind dem Marxismus und Sozialismus völlig fremd. Dass sich ihrer sowjetische Journalisten bedienen, die den marxistischen Typ der Propaganda vertreten sollten, ist ausehenerregend, um es gelinde zu sagen.

b) Gleichfalls von verblüffender, wenn nicht empörender Wirkung in unserer sozialistischen Gesellschaft ist die Tatsache, dass die Autoren des Kompendiums unverfroren Zitate aus der bourgeoisen imperialistischen Presse oder Erklärungen bourgeoiser und häufig diskreditierter Politiker benützen, dies ohne die geringste kritische Analyse, als direkte Argumente, um das Bestehen negativer, konterrevolutionärer, antisozialer und antikommunistischer Elemente in der CSSR zu beweisen. Jedem Bürger unserer Republik ist es wohlbekannt, dass sich bourgeoise Politiker dem Wunschdenken hinzugeben pflegen und dass sie noch nie davor zurückgeschreckt sind, verzerrte Fakten zu benutzen, um Personen zu diskreditieren, mit denen der Kapitalismus nicht einverstanden ist, oder Tatsachen herunterzutun, die ihnen nicht genehm sind.

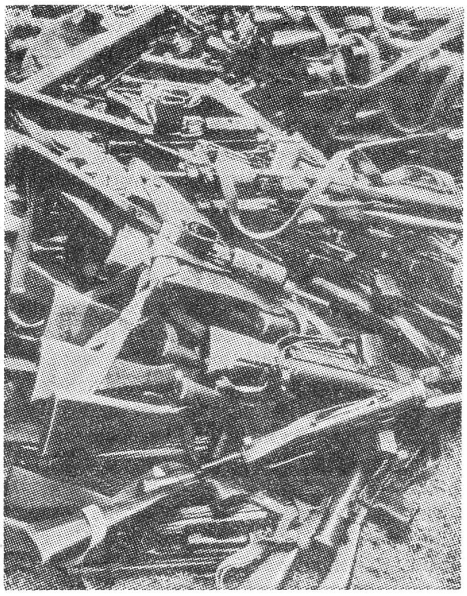
c) Offensichtlich waren die Autoren der Aufgabe nicht gewachsen, eine Analyse der echten Verbindungen zwischen den Fakten vorzunehmen, oder sie haben diese Verbindungen ganz einfach nicht gefunden. Das hindert sie nicht daran, sie willkürlich in ein erdachtes Schema ihrer eigenen Konzeption zu pressen. Tschechoslowakische Bürger sind besonders entrüstet, wenn eine Verbindung zwischen den Neonazis und Revanchisten zum Wiederbelebungsprozess in der CSSR behauptet wird.

■ ■ ■

Besonders offenkundig ist der Dilettantismus der Autoren dort, wo sie eine Analyse des Wiederbelebungsprozesses in der CSSR vorzunehmen suchen. Das Dokument stellt die Kritik an konservativen Tendenzen innerhalb der KPTsch und ihrer Mitglieder in der Periode vor dem Januar konsequent als Angriff auf die KPTsch selbst dar. Die Kritik an den bürokratischen Methoden zur Förderung der führenden Rolle der Partei, Methoden, die vor dem Januar üblich waren, wird entsprechenderweise als Kritik an der führenden Rolle der Partei überhaupt abgetan. Anscheinend identifizierten die Autoren die bürokratischen Methoden zur Förderung der führenden Rolle der Partei mit den allgemeinen Prinzipien einer sozialistischen Gesellschaft bis zu dem Punkt, wo sie die wirkliche Substanz dieser Rolle in der sozialistischen Gesellschaft aus den Augen verlieren, einer Rolle, die von den Klassikern des Marxismus-Leninismus ganz klar definiert wurde. Die feindliche Kritik an der tschechoslowakischen Bemühung, engere Bande zwischen den Mitgliedern und Nichtmitgliedern der Partei zu schaffen, ist auf gleiche Ursachen zurückzuführen. Das Dokument stellt auch diese Bemühung als ideologische Waffe der Konterrevolution hin. Dabei sollte selbst eine rudimentäre Kenntnis der marxistisch-leninistischen Thesen genügen, um die Tatsache zu begreifen, dass eine solche Bemühung zu den fundamentalen und allgemeingültigen Thesen gehört, welche die Politik einer revolutionären Arbeiterpartei bestimmen. Anscheinend haben es die Autoren unterlassen, sich in den Schriften von Marx und Lenin mit den sehr zahlreichen und langen Stellen vertraut zu machen, die von den Beziehungen zwischen Demokratie und Sozialismus handeln. So halten sich die Autoren dieses Dokumentes an die primitive und vulgäre Ansicht, welche jeglichen Typ von Demokratie mit der bourgeoisen Demokratie gleichsetzt.

Naiv ist weiter die Art, in welcher Siks ökonomisches Modell kritisiert wird. Dies betrifft namentlich die Meinung, eine Konzeption, welche die sozialistische Gesellschaft als güterproduzierende Gesellschaft versteht, sei revisionistisch. Auch in dieser Hinsicht fehlt den Autoren die

Ein Bild aus dem sowjetischen «Weissbuch» (deutsche Ausgabe): Mit Hakenkreuzen brandmarkte die Prager Bevölkerung die Produkte der Aggressoren, um sie als Nachfolger der hitlerischen Okkupanten zu kennzeichnen. Aber die anonymen Moskauer Herausgeber haben die Frechheit, diese für sie so beschämende Tatsache, dass sie als Nazis dastehen, einfach umzudrehen. Sie schreiben als Legende: «Dieser Tscheche erinnert sich: solche Zeichen malten faschistische Mordbuben. Jetzt sieht man das Hakenkreuz wieder in den Strassen von Prag...»



«Waffen, die die Reaktion nicht mehr einsetzen konnte.» Wie es zu den angeblichen Waffenfunden kam, schildert die tschechoslowakische Antwort deutlich genug: Die Sowjets brachten in den von ihnen okkupierten Gebäuden Waffenlager an, die sie dann «entdeckten».

rudimentäre Kenntnis der Werke von Marx und besonders von Lenin. Denn dort wird gerade der Sozialismus als die Gesellschaftsordnung beschrieben, in welcher Güter produziert werden und in welcher demnach Marktverhältnisse bestehen und bestehen müssen.

Weiter hat es den Anschein, als verwechselten die Autoren das Modell des Sozialismus mit dem Modell des Marxismus. Dies wird in jenem Kapitel ersichtlich, in welchem sie die angebliche «neue Variante» des Marxismus in der CSSR kritisieren. Die Zitate, welche zum Beweis dieser These angeführt werden, zeigen in Wirklichkeit nur, dass unsere Politiker und Theoretiker eine schöpferische Entwicklung des Marxismus verlangten, und das ist natürlich nichts anderes als das, was Marx selbst immer und immer wieder verlangt hat, wenn er die Notwendigkeit betonte, die wissenschaftliche Theorie im allgemeinen und die marxistische Theorie im besonderen zu entwickeln. Anderseits belegen die Zitate unserer Politiker und Theoretiker, dass sie sich auf die spezifischen Merkmale des Sozialismus in der CSSR in Uebereinstimmung mit den spezifischen Strömungen oder historischen Bedingungen in der CSSR bezogen, und auch das ist ein natürliches Postulat der marxistischen Theorie. Die Autoren des Dokumentes haben auch nicht den Fetzen eines Beweises erbracht, der irgendeine «neue Variante» eines spezifisch tschechischen Marxismus belegen könnte.

Naiv und dilettantisch ist ebenfalls die Begriffsverwirrung um das «politische System des Sozialismus» und die «gesellschaftliche Ordnung». Dass es in der CSSR um ein neues und besser funktionierendes politisches System der sozialistischen Gesellschaft ging, haben die Autoren des Dokumentes nicht verstanden. Sie hatten den Eindruck, dass die tschechoslowakischen Theoretiker und Politiker eine Aenderung der gesellschaftlichen Ordnung in der CSSR beabsichtigten, das heisst eine Rückkehr zum Kapitalismus, wenn sie von einer Aenderung des politischen Systems sprachen. Auch das ist ein typisches Beispiel theoretischer Naivität.

Offenkundig ist es ferner aus dem Text des Dokumentes, das seinen Verfassern jegliche Kenntnis des bestehenden politischen Systems in der CSSR abgeht. An verschiedenen Stellen kritisieren sie den Pluralismus politischer Parteien als Ausgeburt konterrevolutionärer Vorstellungen und ignorieren dabei ganz einfach die Tatsache, dass diese Pluralität in der CSSR seit 1948 legal existierte und dass die Diskussionen über diese Frage eine Kritik der formalistischen Interpretation dieses Pluralismus in der Zeit vor dem Januar einschlossen. Der tschechoslowakische Leser muss über die Kühnheit der Autoren des Kompendiums staunen, die sich als Experten der tschechoslowakischen Situation geben und dabei glauben, wie aus ihrem Text hervorgeht, dass die Kommunistische Partei für die Wahlen eine unabhängige Auswahl an Kandidaten vorlegte. Bekanntlich hat in der CSSR im Unterschied zur Sowjetunion immer eine einzige Liste von Kandidaten der Nationalen Front existiert, in welcher Mitglieder aller politischen Parteien und Bürger ohne politische Zugehörigkeit vertreten sind. Angesichts solcher Ignoranz der Bedingungen in der Tschechoslowakei ist es nur natürlich, wenn in den Augen der tschechoslowakischen Leser die Glaubwürdigkeit des gesamten Kompendiums in Frage gestellt ist.

■ ■ ■

Voller Naivität sind die Stellen, die der tschechoslowakischen Jugend gewidmet sind, handle es sich nun um die soziologische Theorie oder um die Kenntnis der Tatsachen. Während die Autoren selbst erklären, in der Jugenderziehung seien jahrelang ernsthafte Mängel zutage getreten, misstrauen sie den Bestrebungen der KPTsch, diese vergangenen Fehler zu korrigieren, und verurteilen absurderweise die Tatsache, dass nachdrücklich betont wurde, «dass die „alte" Führung des Landes dieses wichtige Problem ignoriert hätte und im Grunde genommen unfähig gewesen wäre, es zu lösen». (Deutsche Ausgabe S. 24; Red. KB.) Es war gerade die KPTsch und ihr Aktionsprogramm, welche die Bedeutung der Jugend als spezifische soziale Gruppe von entscheidender Wichtigkeit für die künftige Entwicklung des Sozialismus betonten und sich anstrengten, eine freundschaftliche Lösung für alle Probleme zu finden, welche die jungen Leute von heute beschäftigen. Es ist seltsam, dass die Autoren des Dokumentes den Wunsch unserer Jugend kritisieren, eine föderative Jugendorganisation zu bilden, während sie vergessen, dass zum Beispiel in Polen eine entsprechende Organisation bereits existiert. Bei der Gelegenheit ist man auch zur Frage berechtigt, was an der Wiederzulassung der Pfadfinderorganisation in der Tschechoslowakei falsch sein soll, während wiederum in Polen eine solche Organisation ganz legal besteht. Die Post-Januar-Politik unserer Partei, welche die legitimen Interessen der Jugend achtete, hat zur Stärkung kommunistischer und sozialistischer Ueberzeugungen unter den Jungen viel mehr beigetragen als die alte Führung, und es ist nicht die Schuld der Politik nach dem Januar, wenn diese Anstrengungen nun ihres Lohnes beraubt wurden.

Als Wissenschafter und Soziologen müssen wir auch die Tatsache beanstanden, dass die «Pressegruppe sowjetischer Journalisten» unsere öffentlichen Meinungsumfragen einfach als unech beschreibt, ohne diese Behauptung mit irgend einem Beweis zu erhärten, und wir müssen fra gen, mit welchem Recht sie solche Behauptunger aufstellt. Wir fühlen uns zur Erklärung veranlasst, dass eine Anzahl dieser Befragungen durch Wissenschafter innerhalb der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt wurden und dass diese gleichen Wissenschafter jegliche Sorgfalt anwandten, die von der Ethik wissenschaftlicher Arbeit gefordert wird. Gerade diese Umfragen waren es, welche objektiv das gewaltig angestiegene Vertrauen der Arbeiter Bauern, Intellektuellen und aller Bürger dieses Landes in die Politik der KPTsch nach dem Januar zeigten. Weiter bewiesen diese Befragungen die erdrückende Ueberlegenheit der sozialistischen Kräfte in der CSSR, und daher kann man bestimmt nicht behaupten, die Meinungsumfragen hätten im Lande zu einer Atmosphäre der «Unsicherheit» und «Verwirrung» geführt.

II. Aus dem Brief des Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften

... Nachdem die Experten des Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften das Buch «Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei» durchgelesen haben, finden sie es notwendig, ihre Meinung zum Absatz (deutsche Ausgabe S. 20; Red. KB) auszudrükken, der sich auf die zugeschnittene Meinungsforschung bezieht (Seite 21 der tschechischen Uebersetzung).

Es ist nicht ausdrücklich erklärt, dass sich die betreffende Stelle auf die Arbeit unseres Instituts bezieht. Sollte aber impliziert sein, dass der Bezug tatsächlich unserer Arbeit gilt, so weisen wir entschieden den Vorwurf zurück, dass unsere Befragungen «speziell zugeschnitten» waren. Die Meinungsumfragen unseres Instituts wurden zuhanden zentraler Partei- und Regierungsstellen durchgeführt, denen sie als Unterlagen bezüglich der Bevölkerungsmeinung nach dem Januar dienen sollten. Die methodologischen Prinzipien und die Durchführungsregeln wurden in jedem Stadium unserer Arbeit strikte eingehalten.

Zum Dokument in seiner Gesamtheit äussern wir keine Meinung, da wir glauben, dass dieses Material als Basis einer wissenschaftlichen Diskussion nicht geeignet ist ...

III. Stellungnahme der Oekonomen

In diesem Dokument werden wirtschaftliche Fragen nur dem Zufall nach und eher am Rande berührt. Sie weisen den gleichen Charakter auf wie der Rest des Dokumentes: Zitate aus den Werken von Oekonomen werden aus dem Zusammenhang genommen und so verzerrt, gewisse Fakten werden aus falscher Perspektive dargestellt und dann unbeschadet um die Situation in andern sozialistischen Ländern interpretiert.

■ ■ ■

Das Dokument spricht von einer Revision der marxistisch-leninistischen Wirtschaftstheorie, und

diese Revision wird in Zusammenhang mit der ideologischen Vorbereitung der «Konterrevolution» gebracht. Die Ausarbeitung einer Wirtschaftsreform mit der Vorbereitung von «Konterrevolution» gleichzusetzen ist unannehmbar. Nicht nur deshalb, weil die Konterrevolution in der Tschechoslowakei eine Erfindung ausländischer Autoren ist, sondern auch deshalb, weil Aenderungen im System der Wirtschaftsleitung in der Tschechoslowakei eine imperative Notwendigkeit darstellten. Das Dokument unterlässt es bewusst, die Tatsache zu erwähnen, dass die Wirtschaftsreform in der Tschechoslowakei nicht allein die Frucht der Periode nach dem Januar war. Uebrigens wird an anderer Stelle (deutsche Ausgabe S. 84) erklärt, in der Tschechoslowakei sei es verschwiegen worden, dass auch in den andern sozialistischen Staaten tiefgreifende Wirtschaftsreformen durchgeführt würden (S. 92). Dem ist jedenfalls zu entnehmen, dass die Notwendigkeit von Aenderungen im System der Wirtschaftsleitung allgemein in allen sozialistischen Staaten gefühlt worden ist.

Die folgenden hauptsächlichsten Beispiele einer Revision der Wirtschaftstheorie werden zitiert:

— Die Verwerfung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus;

— die Negierung der Planwirtschaft;

— die Propagierung von Marktsozialismus;

— die Revision der leninistischen Ideen über die sozialistische Umwandlung der Landwirtschaft;

— Angriffe gegen das System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen unter den sozialistischen Ländern.

Das Dokument enthält keinen überzeugenden Beweis einer solchen Revision.

Keine ernsthaften Angaben können zum Beweis zitiert werden, dass in der tschechoslowakischen Wirtschaftsleitung der demokratische Zentralismus verworfen worden sei. In Wirklichkeit ging es darum, die korrekten Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Unternehmen zu finden, die Kompetenzen so zu definieren, dass die Unternehmen ein grösseres Ausmass an Unabhängigkeit erhielten und ihre eigene Initiative besser ausnützten. Dies steht in Uebereinstimmung mit den Tendenzen in andern sozialistischen Staaten, einschliesslich der UdSSR. Ueberall steigen die Kompetenzen der Unternehmen, und überall nützt man das wirtschaftliche Instrumentarium in der Wirtschaftsleitung besser aus. Ueberdies ist nicht zu vergessen, dass in der Tschechoslowakei die Zentralisierung viel grösser war als in den andern sozialistischen Staaten.

Der Marktcharakter der sozialistischen Produktion wird in den sozialistischen Ländern allgemein anerkannt. Dies erfordert natürlicherweise das Bestehen eines sozialistischen Marktes, welchen die Planwirtschaft in Rechnung stellen muss. Dennoch hören wir Vorwürfe über unsere Verwerfung der Planwirtschaft und unsere Proklamation von Marktsozialismus in der CSSR. Solche Behauptungen können weder von jenen ernsthaft geäussert werden, welche die wirklichen Ziele der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform kennen, wie sie im diesbezüglichen Beschluss des KPTsch-ZK und der Regierung klargelegt wurden, noch von jenen, welche mit den Hauptwerken der tschechoslowakischen Theoretiker vertraut sind, wo die einzelnen Aspekte der Wirtschaftsreform im Detail ausgearbeitet sind.

Ziel sind sozialistische Marktverhältnisse und gegenseitige Bande zwischen Plan und Markt, um so eine bessere Planung zu erreichen, bei welcher die Erfüllung der Planziele durch die Benützung ökonomischer Mittel gewährleistet wird. Sozialistische Marktverhältnisse haben mit unkontrollierten Marktverhältnissen nichts gemein; sie werden in Uebereinstimmung mit den Interessen der Gesellschaft planmässig eingesetzt *.

Es ergibt sich also, dass die Kritik, die davon ausgeht, dass unsere Wirtschaftsreform mit der Errichtung von Unternehmen zu tun habe, die völlig autonom und von der zentralen Leitung unabhängig wären, ungerechtfertigt ist. Die Kritik an den Unternehmen als Marktsubjekte ent-

---

* Es gibt überreichlich Belege dafür, dass die tschechoslowakischen Oekonomen den Plancharakter der sozialistischen Produktion nicht negieren. So sagt O. Sik: «... Der blosse Marktmechanismus kann niemals die wirksamste und wirtschaftlichste Perspektiventwicklung sicherstellen. Dieses Ungenügen des Marktmechanismus macht es notwendig, die Entwicklungstendenzen in den Grundstrukturen des Bedarfs wissenschaftlich zu untersuchen, die wirksamste Ausbeutung der Investitionsgelder zu prüfen und die grundlegenden Produktionsresourcen planmässig zu kanalisieren. In diesem Sinne nimmt die Gesellschaft eine geplante Produktionsregelung vor und schränkt so die spontane Produktionsregelung durch das Wertgesetz ein. Freilich darf die Gesellschaft in dieser geplanten Regelung den Wert (Produktionskosten) der Waren und seine perspektivische Entwicklung nicht ignorieren.» (O. Sik: Plan und Markt im Sozialismus, S. 211.)

Die Buchhandlung SOI

liefert Ihnen jedes Buch, welches Sie sich selbst oder andern schenken möchten. Bitte verlangen Sie unseren Bücher-Geschenkkatalog

BESTELLABSCHNITT

Der (die) Unterzeichnete wünscht:

_____Ex.
_____Ex.
_____Ex.
_____Ex. Geschenkkatalog

Falls Geschenkpackung erwünscht, bitte hier ☐ ankreuzen.

Falls zur Ansicht erwünscht, bitte hier ☐ ankreuzen.

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ und Ort: _____

Unterschrift: _____

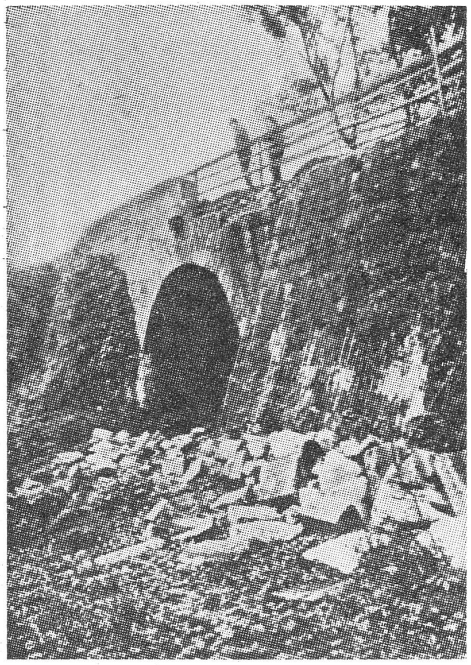
Einsenden an:

Buchhandlung SOI, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6
Telephon (031) 43 12 12

Warm, leicht, winterleicht

Diese Eigenschaften hat MOTEL, ein eleganter, leicht taillierter Wintermantel mit Fischgratmuster. Er ist aus reiner Schurwolle. Darum gibt er so warm. Und trotzdem fast so leicht wie ein Uebergangsmantel. Mit MOTEL kann ein harter Winter zu einem leichten, erträglichen Winter werden.

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen



Eine rührende Begebenheit aus dem «Weissbuch», auf welche die Replik in «Reporter» nicht eingeht: Am 21. August habe sich ein Panzer an einer Strassenbiegung in die Schlucht gestürzt, um Frauen und Kinder zu schonen, die sich ihm in den Weg stellten. Rührend, aber gelogen. Eine ganze Anzahl von Zeugen, grossteils Altkommunisten, wiesen nach, dass der Panzer von allein in den Graben rutschte, ohne dass nur eine einzige Frau oder ein einziges Kind auf der Strasse gestanden wäre («Signal», Prag, 26. Oktober). Das Bild der Absturzstelle samt erfundener Story stammt aus «Freie Welt», Ost-Berlin.

behrt ebenfalls jeder Substanz, da Unternehmen mit einem gewissen Mass an Unabhängigkeit in allen sozialistischen Staaten als Subjekte auf dem sozialistischen Markt erscheinen.

Der Vorwurf einer Revision leninscher Thesen über die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft entbehrt jeglicher Grundlage. Die Zahlen über den Anteil sozialistischer Landwirtschaftsunternehmen (das heisst Produktionsgenossenschaften und Staatsgüter; Red. KB) an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion der CSSR bestätigen, dass diese Unternehmen das tschechoslowakische Agrarwesen absolut dominieren, in klarem Unterschied zu Polen und andern sozialistischen Staaten. Ueberdies wurde in der CSSR nach dem Januar nicht ein einziges Kollektivgut aufgehoben. Der im Dokument angeführte Beweis (J. Prochazkas Artikel) ist erstens keine Expertenmeinung und handelt zweitens von etwas ganz anderem. Er diskutiert nicht, ob die kollektive Landwirtschaftsproduktion grossen Ausmasses in der CSSR weiterbestehen soll, sondern untersucht lediglich die Leitungsmethoden, das heisst, er stellt die Frage, ob in der Landwirtschaft die extensive oder die intensive Methode des Anbaus vorzuziehen sei.

Wenn man tschechoslowakische Kritik an den Mängeln der RGW-Tätigkeit als Angriff auf das System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Länder betrachtet, so ignoriert man bewusst die Tatsache, dass es ausgerechnet die Tschechoslowakei mit ihrem Entwicklungsniveau ist, die ein ausserordentliches Interesse an der Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung hat. Nebenbei: Kritik an der unbefriedigenden Tätigkeit des RGW ist nicht allein in der Tschechoslowakei erhoben worden. Die Tschechoslowakei nimmt den Standpunkt ein, dass die Ergebnisse der gegenseitigen Handelsbeziehungen nicht nur in ihren quantitativen Aspekten betrachtet werden müssten, sondern dass qualitative Aspekte, etwa die Hebung des technischen Standards, die zunehmende Spezialisierung und Zusammenarbeit — zusammen mit erhöhter Wirksamkeit in der RGW-Arbeitsteilung — ernsthafter berücksichtigt werden sollten. In diesem Zusammenhang werden im Buch auch die Fragen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der CSSR und dem Westen kritisch und falsch beleuchtet.

Die CSSR kann keine quantitative oder qualitative Entwicklung ihrer Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern gewährleisten, ohne auch ihre Handelsbeziehungen mit dem Westen zu entwickeln. Die CSSR kann in den sozialistischen Ländern gewisse technische Verfahren und Materialien nicht erhalten, die sie zu anschliessenden Lieferungen in eben diese Länder braucht; erhältlich sind sie nur aus dem Westen. Davon abgesehen, ist es kein Geheimnis, dass die CSSR das letzte der sozialistischen Länder war, welches seine Handelsbeziehungen mit Westdeutschland durch die Errichtung von Handelsmissionen regelte (Polen 1963. Ungarn und Bulgarien 1964, die CSSR erst 1967).

Auch von Krediten aus westlichen Ländern und verwandten Fragen ist die Rede, etwa von der Möglichkeit, dass uns die USA die Meistbegünstigungsklausel gewähren würden. Es ist eine wohlbekannte Tatsache, dass die CSSR nur einen Anteil von fünf Prozent an den Krediten hat, welche die Bundesrepublik Deutschland sozialistischen Ländern gewährt. Einige Zeit hindurch hat sich Polen gewisser auf der Meistbegünstigungsklausel beruhender Vorteile in seinem Handel mit den USA erfreut, aber im Falle der Tschechoslowakei wurde die Angelegenheit lediglich in der amerikanischen Presse erwähnt. Wenn die CSSR einige Fragen im Rahmen ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen zu regeln sucht, ist es eine Hypokrisie von seiten jener, welche schon viel früher genau gleich gehandelt haben, die Angelegenheit heute aufs Tapet zu bringen.

Uebrigens sieht die Wirtschaftsreform im Bereich der ökonomischen Aussenbeziehungen keinen substantiellen Zuwachs im Anteil des Handels westlicher Länder mit der CSSR vor. Und erst recht schliesst sie natürlich keine Unterordnung der tschechoslowakischen Wirtschaft an westliche Wirtschaft ein. Einbezogen ist lediglich eine erhöhte Wirksamkeit der Handelsbeziehungen gegenüber dem Westen.

■ ■ ■

Eine besondere Zielscheibe der Kritik ist die Frage der Kleinbetriebe. Hier muss man sich zunächst vergegenwärtigen, dass die tschechoslowakische Wirtschaftsreform grundsätzlich lediglich die Zulassung von privaten Kleinfirmen ohne Arbeitskräfte ausserhalb der Familie vorsah. Das wäre zur Lösung des Problems gewisser lokaler Dienstleistungen bestimmt gewesen und wäre auf Leistungen angewandt worden, die zu Inflexibilität und mangelnder Wirksamkeit neigen, wenn sie von grösseren Unternehmen besorgt werden. Ueberdies ignorieren unsere Kritiker die Tatsache, dass es in einigen sozialistischen Ländern private Geschäftsfirmen gibt, die sogar fremde Arbeitskräfte beschäftigen. Die Errichtung von Firmen dieses Typs war in der Tschechoslowakei nicht vorgesehen.

Ein Vergleich der oben erwähnten Punkte unseres angeblichen Revisionismus mit den bis dahin von Partei- und Regierungsstellen angenommenen Massnahmen zur Verwirklichung der Wirtschaftsreform zeigt deutlich auf, dass diese Kritiken grundsätzlich ungerechtfertigt sind. Es wäre wünschenswert, dass die tschechoslowakische Wirtschaftsreform und überhaupt die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaftstheorie in den sozialistischen Ländern vorurteilsfrei behandelt würden. Den Autoren des Dokumentes sollte es bekannt sein, dass alle sozialistischen Länder das Bestehen von Mängeln in der Wirtschaftsleitung empfanden und empfinden, dass in all diesen Ländern an Wirtschaftsreformen gearbeitet wird, dass sie alle eine wachsende Bedeutung der Wertverhältnisse, und das heisst der Marktverhältnisse, voraussehen. Dass sich unter diesen Umständen auch die Wirtschaftstheorie weiter entwickelt, ist nichts als natürlich. Wenn also das Dokument wirtschaftliche Fragen, die zur tschechoslowakischen Wirtschaftsreform gehören, als ideologische Vorbereitung zu einer sogenannten Konterrevolution in der CSSR hinstellt, so ist das eine unlautere Argumentation. Gleichzeitig ist es evident, dass man nicht alle Länder mit dem gleichen Mass misst.

IV. Stellungnahme der Philosophen

Es lässt sich im allgemeinen sagen, dass dieses Dokument gewisse Fakten und Zitate enthält, gleichzeitig aber auch eine Anzahl von Ungenauigkeiten, falschen Anschuldigungen, Fabrikationen, unüberprüfbaren und unbelegten Angaben. Im Ergebnis ist das Gesamtbild der Situation erheblich verzerrt.

Das Dokument hält zahlreiche korrekte allgemeine Prinzipien fest. Es erklärt, dass die Wahrheit allein als zuverlässiges Kriterium zur Rechtfertigung irgendeines Standpunktes dienen kann, und es verurteilt die These, dass «der Zweck die Mittel heiligt». Nur hält es sich selbst nicht an diese Prinzipien.

Es stellt die Verteidigung des Sozialismus seiner Apologetik gleich. Es idealisiert das sozialistische System als etwas, was bereits vollkommen ist. Es trennt die «festgelegte, unveränderliche und unbestreitbare Essenz des Sozialismus» von ihren konkreten und identifizierbaren Formen. So verwandelt es die Idee des Sozialismus in eine platonische Idee und den wissenschaftlichen Sozialismus in einen utopischen Sozialismus. Die metaphysische Auffassung des Sozialismus als vollkommenes System führt logischerweise zur Schlussfolgerung, dass jede Kritik an Mängeln und Konflikten einfach als Ausdruck von Revisionismus und Antisozialismus betrachtet wird, und als identisch mit einem konterrevolutionären und reaktionären Akt.

Ein solcher Wechsel von Information und Bewertung hat katastrophale Folgen. Die Autoren lassen das bekannte Prinzip ausser Betracht, dass der Sozialismus, der als Wissenschaft begründet wurde, auch als Wissenschaft interpretiert, verwirklicht und weiterentwickelt werden muss. Sie

setzen sich mit den dogmatisch-sektiererischen Deformationen nicht auseinander und geben vor, das Bestehen der tiefgreifenden Krise nicht zu kennen, in welcher sich unsere Gesellschaft als Ergebnis der falschen Methoden und antisozialistischen Akte von Novotny und seiner Clique befindet. Sie verhalten sich so, als sei die Kritik an den Praktiken vor dem Januar nichts weiter gewesen als ein Vorwand zu Revisionismus und Antisozialismus.

Wenn sich das Dokument auf die von ihm inkriminierten Aussagen gegen die früheren Praktiken bezieht, verzichtet es darauf, zu unterscheiden, ob solche Aussagen richtig waren, oder halbwahr, oder ob sie als falsche Reaktionen auf die Entwicklung vor dem Januar interpretiert werden können. In den Augen der Autoren sind sie allesamt ganz einfach Ausdruck der Konterrevolution.

Ebensowenig informieren die Autoren ihre Leser objektiv über die Arbeit der Partei, der Millionen von Kommunisten und Arbeitern. Wenn sie schon ausnahmsweise Stellungnahmen von tschechoslowakischen Partei- und Regierungsvertretern überhaupt zitieren, aus Plenarsitzungen des Zentralkomitees nach dem Januar (das Aktionsprogramm wird im ganzen Dokument nicht einmal erwähnt), tun sie es rein deklamatorisch, ohne irgendwelche Folgerungen zu ziehen. Dafür reservieren sie eine völlig unproportionierte Aufmerksamkeit extremistischen Ansichten und ihrer politischen Wichtigkeit, insbesondere bezüglich eines Teils der Jugend und gewisser radikaler Kreise. Aber über die führende Rolle der Partei, wie sie auch nach dem Januar verwirklicht wurde, oder über die kollektiven Parteidokumente, die von den Plenarsitzungen des Zentralkomitees angenommen wurden, oder über die Kritik an antisozialistischen oder andern falschen Ansichten steht im ganzen Dokument kein Wort. Die Autoren wenden sich gegen eine Blankokritik an der Entwicklung vor dem Januar, wenden sie aber selbst auf die Entwicklung nach Januar an, die sie praktisch in ihrer Totalität verurteilen. Keine Silbe wird an die Tatsache verloren, dass die Parteiführung wie die ganze Partei auch in dieser Periode an der Politik fester Allianz mit der UdSSR festhielt und dass die CSSR sämtlichen internationalen Verpflichtungen nachkam, die sie im Rahmen des Warschauer Paktes und anderer Verträge mit den sozialistischen Ländern eingegangen war. Wenn man die Mängel und Irrtümer der Entwicklung nach dem Januar beurteilen will, muss das auf Grund der tatsächlichen Essenz der Politik in dieser Periode geschehen.

■ ■ ■

Für den Charakter des Dokumentes sind zwei Punkte besonders symptomatisch. Erstens die a priori aufgestellte Konzeption der «Konterrevolution». Die Autoren geben zu, dass sie keinen wirklichen Beweis für irgendeine Konterrevolution haben und dass ihnen «der genaue Deckname der Operation» unbekannt sei, welche nach ihren Aussagen der Imperialismus in der Tschechoslowakei unternommen hätte. Sie besitzen auch nicht die Karten mit der genauen Dislokation der im voraus organisierten illegalen Sender, Druckereien und Waffenlager und so weiter. So führen sie als Beweis die Erklärungen gewisser Leute an, die sie einfach als konterrevolutionäre Führer deklarieren.

Zweitens haben die Autoren den «Beweis» über das Bestehen der Konterrevolution in die Sphäre der Ideologie transferiert. Indessen wird sowohl im Marxismus als auch in der sowjetischen Sozialwissenschaft der Begriff der Konterrevolution nicht auf Ideologie, sondern auf eine Aktivität angewandt, nämlich auf den «Kampf der reaktionären Klassen gegen die Revolution, um sie niederzuschlagen, oder gegen die siegreiche Revolution, um ihre Errungenschaften zu zerstören und die vorrevolutionäre Ordnung wiederherzustellen».

Konterrevolution ist üblicherweise verbunden mit der Intervention reaktionärer Regierungen, die Truppen einsetzen und Blockaden verhängen, mit der Organisation von bewaffneten Aufständen, Sabotage, Banditentum usw.

Wenn aber der Begriff der Konterrevolution in die Sphäre der Ideologie verlegt wird, kann jegliche Auffassung, die mit den augenblicklichen Auffassungen nicht absolut konform geht, einfach als konterrevolutionär bezeichnet werden. Das ist eine gefährliche Logik, gleicherweise lähmend für die Partei wie für die marxistische Theorie. Diese Methode, das Thema anzugehen, tarnt das Nichtvorhandensein einer marxistischen Analyse der politischen Situation in der Tschechoslowakei. Voraussetzung einer solchen Analyse wäre die konkrete Prüfung und gründliche Unterscheidung von Auffassung und Verhalten der verschiedenen Klassen, Gruppen, Segmente, politischen Organisationen usw. Zu den elementaren Forderungen des Leninismus gehört die Unterscheidung zwischen marxistischen Auffassungen und solchen, die allgemein demokratischen und humanistischen Charakters sind, und damit zwar nicht kommunistisch, aber trotzdem antiimperialistisch sind.

Der Text erwähnt Waffenverstecke, Vorbereitungen zum Sturz der Staatsordnung durch bewaffnete Gewalt, die Zahlen von ausländischen Spionen, die in ganzen Wogen in die CSSR gekommen seien, die bestimmende Rolle ausländischer Spionagezentren. Diese Aussagen müssten erst einer strikten Ueberprüfung unterzogen und bewiesen werden. (Zu tschechoslowakischerseits nachgewiesenen Sowjetlügen über Waffenverstecke siehe KB Nr. 20, S. 5 ; Red. KB.) Dabei fällt die Behandlung dieser Behauptungen in die Kompetenz der tschechoslowakischen Behörden. Diese werden durch die Behauptungen des Dokumentes beschuldigt, sie hätten ihr Mandat gröblich verletzt, denn sie würden es ja unterlassen haben, diese Fakten bekanntzumachen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wenn diese Verdächtigungen erhärtet werden sollten, würde das eine grobe Verletzung der tschechoslowakischen Verfassung bedeuten.

Eine Interpretation von Begriffen wie «konterrevolutionär», «reaktionär» usw. in ihrem genauen Sinn würde Beweise erheischen, dass die fraglichen Personen oder Gruppen aktiv bestrebt waren, die sozialistische Staatsordnung zu stürzen. Die Gesetze der Tschechoslowakei enthalten genaue Bestimmungen über das Vorgehen in Fällen dieser Art. Andernfalls aber handelt es sich um unbewiesene Beschuldigungen und Verleumdungen von der gleichen Art wie jene, deren katastrophale Folgen in Tausenden von Fällen ans Licht gekommen sind, die jetzt in den Rehabilitierungsverfahren geprüft werden.

■ ■ ■

Das Dokument zieht nicht in Betracht, dass die Wurzeln der sogenannten Krise des Sozialismus in der Tschechoslowakei tief in der Periode vor dem Januar wurzeln. Das Dokument enthält keine Analyse dieser Verzerrungen und sagt nicht, dass sie zur Hauptsache auf die bürokratischen und sektiererischen Tendenzen zurückzuführen waren. Obwohl das Dokument angibt, dass Begriffe wie «Freiheit», «Demokratie», «Humanismus», «Wiederbelebung» usw. von dieser oder jener Klasse, von dieser oder jener gesellschaftlichen Position oder Weltanschauung interpretiert werden kann, wird diese Differenzierung nicht durchgeführt, und die Kritik an den Bedingungen vor dem Januar gilt weitgehend einfach als «Konterrevolution».

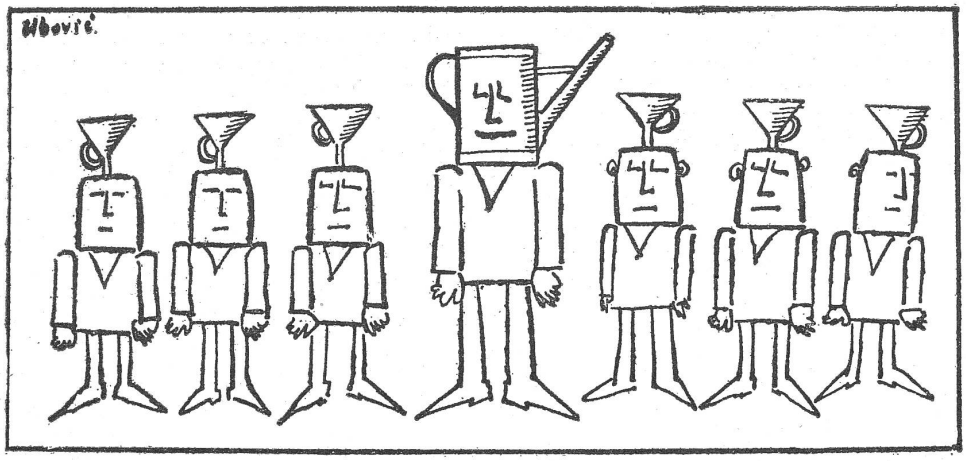
Das Dokument schweigt sich aus über Parteidokumente wie etwa den Instruktionen des Mai-Plenums an die Kommunisten, «es den grossen Massen der Arbeiter klarzumachen, dass sich die Partei von den Deformationen der Vergangenheit dissoziiert» und dass «sie sich selbst derer entledigen muss, welche die Verantwortung für diese Deformationen tragen».

Die Methode, Zitate aus dem Zusammenhang zu reissen, verunmöglicht es den Autoren, Unterschiede zu sehen zwischen Mitgliedern oder Funktionären der Partei und Mitgliedern anderer Parteien oder sozialen Gruppen und Leuten ohne Parteizugehörigkeit. Individuelle Aussagen mit ihren Auffassungen werden untereinander gemischt und verbunden, um eine a priori konstruierte gigantische Konterrevolution zu präsentieren, die unter geplanter Kontrolle gestanden und unwiderruflich vorangekommen sei.

Eine marxistische Analyse muss unterscheiden zwischen wissenschaftlichen Arbeiten, Zeitungsartikeln, Radioreden, Feuilletons und verschiedenen Gerüchten, die frei zirkulieren und dann aufgenommen werden, insbesondere von der bourgeoisen Presse. Das Dokument zeigt kritiklosen Glauben in Berichten, die in der bourgeoisen Presse erschienen sind, deren unseriöser Charakter den Marxisten zur Genüge bekannt ist. Offensichtlich haben die Autoren den bourgeoisen Journalisten mehr geglaubt als den tschechoslowakischen Kommunisten. Und soweit es um die tschechoslowakische Presse geht, basiert das Dokument auf dem irrigen Eindruck, dass spontane Aeusserungen und Meinungen von Lesern absichtlich inspiriert gewesen seien, dass sie eine uniforme Linie oder gar den offiziellen Standpunkt dargestellt hätten. Gegensätzliche politische Auffassungen bestehen in jeder Gesellschaft und damit auch in der sozialistischen Gesellschaft. Gegensätze dieser Art können in einem demokratischen politischen System auch ausgesprochen werden. Dies gibt übrigens erst die Gelegenheit, gegen unkorrekte Meinungen so zu kämpfen, dass man sie ideologisch und politisch überwindet. Sie verschwinden noch nicht, wenn sie bloss verboten werden, nur werden sie genau deswegen dann gefährlich.

■ ■ ■

Die Autoren haben es sogar unterlassen, das Material, das ihnen zur Verfügung stand, ernsthaft zu behandeln. Da gibt es viele Beispiele, aber wir wollen nur eines von ihnen erwähnen, das die Mitarbeiter des Philosophischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der



«Magyar Szo», Novi Sad.

Wissenschaften betrifft. Auf Seite 43 (tschechische Ausgabe) wird ein Artikel von K. Kosik zitiert (deutsche Ausgabe S. 39; Red. KB), um die Behauptung zu beweisen, das die «Konterrevolution versuchte», die «Fehler und Mängel» der früheren KPTsch-Führung «für eigene Zwecke auszunutzen». Der zitierte Auszug lautet:

«Die Schwierigkeiten des modernen Sozialismus liegen darin, dass er noch unfähig ist, theoretisch und um so weniger praktisch seine Rolle als historische Freiheitsalternative zu erkennen, zu regeln und zu koordinieren...»

Aber der Sinn der Worte ist anders, wie aus der weggelassenen Fortführung des Zitats ersichtlich ist. Kosik spricht nämlich von der Rolle des Sozialismus als einer «*befreienden* historischen Alternative bezüglich der Gesellschaften mit Hunger und Unterdrückung in Asien, Afrika und Lateinamerika, bezüglich der Wohlstandsgesellschaften in den höchstentwickelten Ländern Europas und Nordamerikas, bezüglich der Gesellschaften in den Ländern Zentral- und Osteuropas, welche radikale soziale Aenderungen durchgeführt haben und deren *revolutionäre Möglichkeiten* noch lange nicht ausgeschöpft sind». Durch Manipulation dieses Zitats versuchten die Autoren des Dokumentes Kosik in einen «Reaktionär» und «Spekulanten» auf Fehler und Mängel umzuwandeln.

Nun gibt es in der CSSR, deren Bevölkerung praktisch die einzige (der sozialistischen Länder; Red. KB) mit einer gewissen Erfahrung in bürgerlicher Demokratie ist (auf jeden Fall ist ihre Erfahrung die extensivste) niemanden, der enttäuscht wäre, wenn gewisse Zeitungen oder Individuen Meinungen ausdrücken, mit denen die Kommunisten nicht einiggehen (was auf gewisse Zitate im Dokument zutrifft). Andererseits gehört es in unserem Lande zur Tradition, dass nur eine Regierung, welche diese Aeusserungen nicht unterdrückt, als festes Regime betrachtet wird. Wenn wir in marxistischer Weise vorgehen, das heisst die spezifischen Bedingungen des sozialistischen Aufbaus in diesem Lande berücksichtigen, erscheint die von der Partei eingeschlagene Linie in einem völlig anderen Licht als dem, in welchem sie von den Autoren der Broschüre «Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei» gesehen wird.

Das Dokument zeigt Ansätze zu jenen Methoden, welche in den fünfziger Jahren zur Fabrikation politischer Prozesse angewandt wurden. Dokumente dieser Art können nicht umhin, Verwirrung zu verbreiten und die Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien zu beeinträchtigen.

Eine objektive, genaue, streng kritische und selbstkritische Analyse der jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei, von Parteistellen durchgeführt, wäre die beste Antwort auf die Broschüre «Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei».

V. Stellungnahme der Historiker

Die in 300 000 Exemplaren herausgegebene Publikation «K sobytijam v Cechoslovakij» wird auf der ersten Seite als die Arbeit einer nichtidentifizierten «Pressegruppe sowjetischer Journalisten» angegeben. Es handelt sich demnach (offenkundig absichtlich) nicht um eine offizielle Publikation der sowjetischen Regierung oder des Verbandes sowjetischer Journalisten.

Der Text dieses Dokumentes macht es über alle Massen klar, dass es sein Ziel ist (auch um den Preis einer eindeutigen Verzerrung der Wahrheit und regelrechter Lügen), der nicht oder nicht genügend informierten Oeffentlichkeit der Sowjetunion und anderer Länder zu beweisen, dass in der Tschechoslowakei starke konterrevolutionäre Kräfte bestanden, denen die KPTsch Konzessionen machte und die den Sozialismus bedrohten. Das Buch lässt die ursprüngliche Rechtfertigung für den Schritt fallen, wonach er auf Verlangen tschechoslowakischer Vertreter unternommen worden sei.

Die Autoren der Publikation präsentieren den dogmatischen, primitiven und dem wissenschaftlichen Sozialismus fremden Gedanken, dass der Sozialismus nur eine einzige Form aufweisen könne (S. 14 der tschechischen Ausgabe), welche sie mit dem sowjetischen Modell des Sozialismus identifizieren. Alles andere, alles, was der Bemühung Ausdruck gibt, eine andere Form zu finden, wird als nichtsozialistisch oder direkt als konterrevolutionär bezeichnet.

Auf der Grundlage solcher Gedanken geht das Dokument so weit, jeglichen Versuch zur Entledigung dogmatischer Methoden und zur Suche nach einem eigenen Weg zum Sozialismus als ideologische Vorbereitung zur Konterrevolution zu beschreiben (S. 31—51). Zur Unterstützung dieser Ausführungen werden Artikel von O. Sik, K. Kosik, C. Cisar, V. Budin, M. Jodl, V. Blazek und anderen zitiert, die aus dem Zusammenhang gerissen, verzerrt oder willkürlich interpretiert werden. Die grosse Menge der angeführten Quellen und andere Dokumentation sollen unter den nicht oder nicht ausreichend informierten Lesern den Eindruck ernsthafter Arbeit vermitteln. Die «Beweise» bestehen fast ausschliesslich aus Zitierungen der tschechischen und westlichen Presse. Mit diesen Zitaten werden regelrechte Zauberkunststücke vorgeführt. Sie werden aus dem Zusammenhang genommen, zurechtgebogen, verzerrt, mit Worten der Autoren des Dokumentes selber ergänzt, bis sie einen völlig anderen Sinn erhalten als den, den sie ursprünglich hatten. Auch werden Auszüge aus Leserbriefen mit ihren Fragen und Auszüge aus Diskussionsbeiträgen, Anregungen und Vorschlägen von politischen und kulturellen Fachleuten mit ihrem ganz anderen Hintergrund einander gleichgestellt. Tatsachen, welche in das allgemeine Schema nicht hineinpassen, werden einfach zu Fälschungen erklärt. Das geschieht zum Beispiel mit den Ergebnissen der öffentlichen Meinungsumfragen, wie sie von der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt wurden. Irgendeinen Beweis anzutreten wird nicht einmal versucht.

Alles in allem gibt es sehr wenige Tatsachen in diesem Dokument. Viele, die als solche angeführt werden — meistens diejenigen von Hauptbedeutung —, sind als teilweise oder völlig unwahr nachgewiesen worden oder auch als ganz direkte Erfindungen. Am evidentesten wird dies im letzten Teil mit dem Titel «Der konterrevolutionäre Untergrund entlarvt sich». Die legalen Radiosender und die legale Presse werden in der Publikation als konterrevolutionär beschrieben, und diese Behauptung wird durch Zitate aus Radio und Presse dokumentiert, die in Wirklichkeit auf Widerstand gegen die Invasion und nicht auf Konterrevolution weisen. Absichtlich wurde unterlassen, die Unterstützung zu erwähnen, welche Presse und Radio der legalen tschechoslowakischen Regierung und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gaben. Auch hier wurden Tatsachen verzerrt, unwahre und fabrizierte Versicherungen abgegeben. Als Beispiel wollen wir einige wichtige Stellen aus dem Buch zitieren, die wir überprüft haben.

Falsche Aussagen in der Publikation

Auf Seite 124 (deutsche Ausgabe S. 118; Red. KB) steht geschrieben:

«Schon in den ersten Tagen, nachdem die verbündeten Truppen tschechoslowakischen Boden betreten hatten, wurden in vielen Geheimlagern und Kellern mehrere tausend Maschinenpistolen und Hunderte Maschinengewehre und Gewehrgranatgeräte sichergestellt. Ferner wurden auch Granatwerfer und andere schwere Waffen gefunden.»

Keine Beweise werden dazu gegeben, mit Ausnahme der folgenden:

«Im Prager Haus der Journalisten, das in letzter Zeit von höchst reaktionären Personen geleitet wurde, fand man 13 Maschinengewehre, 81 Maschinenpistolen und 150 Munitionskisten.»

Das ist eine absolut unwahre Aussage. In ihrem Brief vom 20. September an den Präsidenten der Republik, an den Ministerpräsidenten und an den Vorsitzenden der Nationalversammlung hat der Verband tschechoslowakischer Journa-

listen diese Behauptung zurückgewiesen und verlangt, dass die gesamte Angelegenheit durch Polizei und Staatsanwaltschaft untersucht werde. F. Kaucky, der Sekretär des Tschechoslowakischen Journalistenverbandes, und Dr. Malecek, der Sekretär des Tschechischen Journalistenverbandes, prüften die Situation in beiden Häusern des Verbandes und schlossen die Möglichkeit aus, dass in ihnen irgendwelche Waffen vor dem 22. August gelagert worden seien. Sie unterstützten diese Feststellung durch persönliche Aussagen. Laut dem überprüften Tatbestand wurden beide Gebäude des Verbandes an der Parizska-Strasse am 22. August morgens besetzt. Am Abend jenes Tages und in der Nacht auf den 23. August luden sowjetische Soldaten im Hof Kisten unbekannten Inhalts aus. Am 25. August meldete das Unternehmen Balnea, dass seine Lokalitäten im ersten Stock des Journalistenhauses von sowjetischen Soldaten besetzt worden waren. Der diensttuende Sowjetoffizier erklärte dem (offenbar von den Prager Behörden hingeschickten; Red. KB) Polizeibeamten, seine Soldaten suchten nach Waffen (siehe Rapport Nr. 1750/2—68, UVB, Praha 1, Bartolomejaska-Strasse). Am 28. August brachten sowjetische Soldaten Sperren in das Haus.

Die Gebäude des Journalistenverbandes wurden von den sowjetischen Einheiten allmählich verlassen. Am 5. September wurden die Lokalitäten des Verbandes bis auf die vierte Etage evakuiert, in welcher der Verbandsverlag, die Redaktionsräume von «Reporter» und die Archive untergebracht sind.

Laut Tass wurde die Entfernung der Waffen aus dem Gebäude des Tschechoslowakischen Journalistenverbandes gefilmt. F. Kaucky, der Sekretär des Tschechoslowakischen Journalistenverbandes, verlangte zweimal in Briefen an den Sowjetischen Journalistenverband, man möge ihm eine Kopie des Filmes senden. Er erhielt keine Antwort. Er wiederholte sein Ersuchen via Internationale Journalistenorganisation, wiederum ohne Ergebnis.

(Die Internationale Journalistenorganisation mit ihren Vertretern aus der UdSSR, DDR usw. hat übrigens ihren Sitz im gleichen inkriminierten Gebäude an der Parizska 9, dort, wo die Konterrevolutionäre ihr riesiges Waffenlager angebracht haben sollen; Red. KB.)

■ ■ ■

Auf Seite 124 finden wir geschrieben:
«Verschiedentlich konnten die Konterrevolutionäre Waffen aus ungenügend bewachten Lagern der Miliz an sich bringen.»

Diese Behauptung wurde vom Stab der Volksmiliz in einer Erklärung zurückgewiesen, die am 28. September 1968 in «Rude Pravo» publiziert wurde:

«Der Volksmilizstab der Stadt Prag erklärt nachdrücklich, dass die in einer bulgarischen Zeitung publizierte Behauptung nicht auf Wahrheit beruht. Das Waffendepot am Flughafen Ruzyne ist Eigentum der Volksmiliz und befindet sich dort seit 1948. Die dortigen Waffen wurden am frühen Morgen des 21. August 1968 von den Truppen des Warschauer Paktes konfisziert. Diese Truppen konfiszierten eine grosse Menge Waffen und Munition auch aus vielen Depots anderer Miliz-Einheiten in der Hauptstadt.»

Sobald die Streitkräfte der fünf Warschauer-Pakt-Staaten das Territorium der Tschechoslowakei betraten, unternahm die Volksmiliz in Prag alle notwendigen Massnahmen, um zu verhindern, dass die Waffen der Volksmiliz in unbefugte Hände gerieten. Alle Waffendepots wurden geschlossen und strikte bewacht. Es gibt genaue Listen mit Angaben über Zahlen und Typen der konfiszierten Waffen.

■ ■ ■

Auf Seite 128 (deutsche Ausgabe S. 122) werden «Literarni Listy», «Student», «Mlada Fronta», «Reporter», «Smena» als illegale Publikationen beschrieben, die von den konterrevolutionären Kräften herausgegeben worden seien. In Wirklichkeit waren alle diese Publikationen ordentlich eingetragen und hatten schon während der vorhergehenden Periode bestanden. Von den legalen Behörden wurden sie nicht verboten, so dass sie absolut legal waren. «Rude Pravo» ist auf der Liste der illegalen Publikationen absichtlich ausgelassen (als zentrales Organ der KP; Red. KB), doch wird eine Stelle aus dieser Zeitung auf der nächsten Seite als Zitat aus der illegalen Presse vorgestellt.

Auf Seite 129 (deutsche Ausgabe S. 129; Red. KB) wird eine «Rude Pravo»-Meldung zitiert, welche am 24. August 1968 auf die Stimmung für Neutralität unter der Bevölkerung Bezug genommen hatte. Das Dokument erwähnt die Tatsache nicht, dass «Rude Pravo» diese Stimmung ablehnte, ganz so wie auch der 14. Ausserordentliche Parteikongress (der während der Okkupation stattfand, aber später auf sowjetische Weisung für illegal erklärt werden musste; Red. KB).

Auf Seite 130 bestreitet die Publikation, dass das Kinderspital am Karls-Platz beschossen worden war. Indessen ist es eine unbestreitbare Tatsache, dass Professor Hnevkovskys Operationssaal für orthopädische Kinderchirurgie am Karls-Platz beschossen wurde.

Auf Seite 131 wird die Radiomeldung, dass eine junge Frau beim Besteigen eines Trams in Prag von einem Sowjetsoldaten angeschossen wurde, als Lüge bezeichnet. Der Vorfall trug sich im Stadtteil Klarov zu. Die erschossene Frau war Marie Charouskova, eine Laboratoriumsassistentin am Landwirtschaftlichen Forschungsinstitut, geboren am 25. Oktober 1942. Sie starb im Spital an den Folgen ihrer Verletzungen.

Auf Seite 131 wird ein Bericht des Senders Nord-Slowakei vom 26. August um 20.05 Uhr völlig verzerrt. Der Bericht sagte nicht, dass die «Slowakei von Böhmen abgetrennt wird» (deutsche Ausgabe S. 126), sondern sagte, dass gewisse in der Sendung namentlich angeführte Individuen «die Abtrennung der Slowakei von den tschechischen Ländern vorbereiten».

Auf Seite 132, Absätze 2—5, wird detailliert ein Zwischenfall beschrieben, bei dem Frantisek Vesely, Stabschef der Volksmiliz der Stadt Teplice, aus einem Fenster im vierten Stock des KPTsch-Gebietskomitee-Gebäudes in Ustid nad Labem geworfen und getötet wurde. Diese Beschreibung stimmt mit den Tatsachen nicht überein. Das KPTsch-Gebietskomitee untersuchte den Bericht und veröffentlichte folgende Erklärung:

«Das Präsidium des KPTsch-Gebietskomitees stellt fest, dass Genosse Vesely lebt. Nach einer Verletzung, die er sich selbst beigebracht hatte, wurde er daheim gepflegt und kann jetzt wieder gehen. Davon konnte sich auch der Garde-Oberstleutnant Scheljesnak persönlich überzeugen, der die sowjetischen Einheiten im Gebiet Teplice befehligt.

Der Stabschef des Distriktskommandos der Volksmiliz in Teplice, der vom ersten Augenblick der Okkupation der CSSR durch die Kräfte der fünf Warschauer-Pakt-Mächte an ohne Unterbruch im Dienst gestanden hatte, war übermüdet und litt an nervöser Erschöpfung. Als er am 29. August an einer Konferenz der Stabschefs des Distriktskommandos der Volksmiliz der Region Nordböhmen teilnahm, bemerkten die andern Konferenzteilnehmer, dass er sehr erregt war. Nach der Konferenz unternahm er einen Selbstmordversuch, indem er eine Fensterscheibe brach und vom vierten Stock heruntersprang. Im letzten Moment konnte ein Stabsangehöriger des Komitees den Genossen Vesely am Gurt fassen, doch dieser riss, und der Milizoffizier stürzte auf das Glasdach über dem Hof des KPTsch-Gebietskomitees. Er wurde verletzt und nicht getötet. Nachdem man ihm die Erste Hilfe gegeben hatte, wurde er ins Spital verbracht.

Die Mitgliedergruppe für Oeffentliche Sicherheit und Mitglieder der Regionalen Kontrollkommission sind zum Schluss gekommen, dass der tragische Zwischenfall auf nervöse Erschöpfung durch Ueberarbeitung zurückzuführen war.» («Rude Pravo», 11. Oktober 1968.)

Seite 133: Der Radiobericht über erschossene Personen in Kosice ist keine Erfindung, wie sich aus dem Bericht der regionalen Staatsanwaltschaft in Kosice ergibt, der am 5. September 1968 in «Rude Pravo» veröffentlicht wurde:

«Laut einer Erklärung der regionalen Staatsanwaltschaft in Kosice haben Sicherheitsbeamte auf Grund eingegangener Informationen eine Untersuchung über die Todesursache von neun tschechoslowakischen Bürgern eingeleitet, die ihr Leben im Zusammenhang mit der Ankunft ausländischer Truppen verloren. Bis heute hat die Untersuchung nicht ergeben, dass von seiten unserer Bürger irgendwelche Schüsse abgegeben worden wären. Nach Abschluss ihrer Untersuchung wird die regionale Staatsanwaltschaft den Fall an die Generalstaatsanwaltschaft weiterleiten.»

Seite 134 (deutsche Ausgabe S. 128; Red. KB): Der Aufruf von Radio Bratislava am 23. August 1968 forderte die Eisenbahner auf, sowjetische Militärzüge zu verzögern und anzuhalten, nicht aber, sie zum Entgleisen zu bringen, wie das in der Publikation steht.

Seite 135 (deutsche Ausgabe S. 130; Red. KB): Der Bericht über «örtliche Räuberbanden», die «an den Zufahrtswegen zu Prag» den Passanten Wertsachen geraubt hätten unter dem Vorwand, «dass die sowjetischen Soldaten sie ihnen ohnehin abnehmen werden», ist eine Lüge. In Wirklichkeit waren auf einigen Zufahrtsstrassen nach Prag Patrouillen des Tschechoslowakischen Jugendverbandes organisiert worden, die vor Durchsuchungen durch alliierte Soldaten warnten. Die Bildung dieser Patrouillen war vom Vorsitzenden des Tschechoslowakischen Jugendverbandes, Genosse Vokrouhlicky, am 25. August 1968 über das Radio mitgeteilt worden.

Seite 139 (deutsche Ausgabe S. 135; Red. KB): Der Bericht, wonach am 25. August I. Svitak über das illegale Sendenetz aufgerufen hätte,

(Fortsetzung auf Seite 11)

bürgens. («Rumänen und Ungarn lieben die Berge nur von unten, die Sachsen von oben!» — sagt das alte siebenbürgische Sprichwort.)

So geschah es im Sommer 1958, dass sich junge Deutsche aus verschiedenen Dörfern zum traditionellen Treffen am St.-Anna-See verabredeten. Seit eh und je trafen sich hier, am Namenstag der Schutzheiligen, die Verehrer der Natur und des Bergsteigens. Als aber diesmal dieser alte Brauch wiederbelebt wurde und die jungen Deutschen bei Gesang und Speckbraten um ihre Lagerfeuer sassen, wurden sie von der Securitate umzingelt und verhaftet. Wochenlang dauerten die Verhöre. Sie wurden beschuldigt, eine Verschwörung angezettelt zu haben, faschistische und «klerikale» Lieder gesungen zu haben. (Als zum Beispiel Klaus Kehl, ein junger Hilfsorganist der Brasover «Schwarzen Kirche», schwor, nur Bach gespielt zu haben, und Bach sei doch kein Reaktionär, sagte ihm der Securitate-Offizier: «Das werden wir schon feststellen, wenn wir ihn verhört haben!».)

Nach einigen Wochen wurden die meisten Verhafteten freigelassen. Gegen die «Rädelsführer», etwa 30—40 Leute, wurde vor Militärgericht, streng geheim, ein Prozess angestrengt. Sie wurden beschuldigt, die Jugend dem Sozialismus entfremdet und die Gesellschaftsordnung gefährdet zu haben. Die Verehrer von Bach, Haydn und der blauen Berge mussten für lange Jahre hinter Gitter.

Nun hat das Oberste Militärgericht die Unschuld von fünf Verurteilten bekanntgegeben. Es ist unbekannt, ob sie schon früher freigelassen worden oder erst jetzt aus der Haft entlassen worden sind. Auch fehlt vorerst die Nachricht, ob die übrigen, die ihr Urteil schon abgesessen hatten, nun ebenfalls von ihrer Schuld freigesprochen werden. Man kann aber hoffen, dass das heutige Regime Rumäniens Schritt für Schritt die schmutzige Wäsche der einstigen Stalinisten reinigt.

Leonida Popescu

Titos neues Wehrgesetz

Y. Nur wenige Stunden nach der im Interesse Jugoslawiens erfolgten NATO-Warnung an Moskau wurden Einzelheiten des neuen Belgrader Verteidigungsgesetz-Entwurfes bekannt. Das Dokument trägt der andauernden sowjetischen Aggressionsgefahr Rechnung und straft all jene, insbesondere die französischen und österreichischen Regierungspolitiker, Lügen, die unter den gegebenen Umständen der Koexistenz unverändert das Wort reden, statt anstelle derselben Abwehrbereitschaft und Wachsamkeit gegenüber dem Kreml zu setzen.

Im Sinne der neuen jugoslawischen Verteidigungsbestimmungen werden bereits im Frieden alle Voraussetzungen eines «Volkskrieges» gegen mutmassliche Aggressoren geschaffen, über deren Herkunftsrichtung der staatliche Informationsapparat Belgrads seit dem Ueberfall auf die CSSR nicht den geringsten Zweifel lässt. Der Moskauer «Kommunist» klagte auch darüber mit Krokodilstränen in den auf das Abendland gerichteten Augen.

Alle Männer zwischen 16 und 65 Jahren werden in Titos Landesverteidigung einbezogen; in die sogenannte Territorialverteidigung auch alle Frauen zwischen 19 und 50, worunter allerlei Dienste mit und ohne Waffen zu verstehen sind. Ausser den beiden erwähnten Gliederungen sind Organisationen der Zivil- sowie der Arbeiterverteidigung vorgesehen, wobei die letztere darin besteht, dass deren Angehörige die in allen grösseren Betrieben bereits verfügbaren Waffen, unverzüglich nach erfolgter Aggression, gegen den Feind einsetzen.

Angehörige der männlichen Territorialverteidigung müssen, nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfes, ihren unmittelbaren Befehlshabern gehorchen und auch dann weiterkämpfen, wenn das Gebiet, in dem sie operieren, vom Feind bereits besetzt ist. Im Sinne der jugoslawischen Verfassung wird auch deren Bestimmung neuerdings bekräftigt, wonach niemand berechtigt ist, eine Kapitulation zu unterzeichnen. Ausser der parteiamtlichen «Borba» unterstreicht mehr oder weniger die gesamte Tito-Presse zur Stunde, dass im Falle einer Aggression gegen Jugoslawien nicht einmal eine Feuereinstellung wie im Nahostkrieg in Frage kommen könne. Sollte ein Staat oder eine Staatengruppe jemals nach Jugoslawien eindringen, würde dort gekämpft, bis kein fremder Soldat Fuss auf Titos Hoheitsgebiet habe. Mit der Verabschiedung des Gesetzes ist noch im kommenden Dezember zu rechnen. ■

Finsternis auf Kadars Filmhimmel

Y. Nachdem die ideologisch-schöpferischen Horizonte der Budapester Flimmerkunst seit der offiziellen Kurs-Erhärtung immer knapper bemessen werden und somit auch die verfügbare Kasse schrumpft, verringert sich die einheimische Produktion auf etwa insgesamt 20 Filme pro Jahr. Von diesem Schwund sind gewiss auch die Honorare «politisch» weniger profilierter Künstler betroffen, die im Gegensatz zum heimgekehrten Emigranten Antal Prager nicht Taggelder von 1000 Forint, sondern Gesamthonorare von bloss etwa 20 000 Forint erhalten, wie es für Mari Töröcsik der Fall gewesen ist. Diese «Stargage» kommt, nach dem Zürcher Kurs gerechnet, 1332 Schweizer Franken gleich. Auch unter diesen misslichen finanziellen Voraussetzungen müssten aber die ungarischen Filmschauspieler arbeitslos ausgehen, wenn die Budapester Ateliers nicht auf westliche Lohnarbeit übergegangen wären, das heisst ihre Künstler, Statisten und Atelierarbeiter nicht an kapitalistische Klienten zu Schleuderpreisen verkauften und ihnen die eingegangenen Devisen, allerdings zu einem lächerlichen Forint-Kurs umgerechnet, als Hungerlöhne auszahlten.

Dieses traurige Schauspiel vollzieht sich zurzeit im «Turm der verbotenen Liebe», einem Drama Alexander Dumas', das die tollen Liebesnächte der Königin von Frankreich, Margerite von Bourgogne, zum Thema hat und soeben über die Wiener Leinwand läuft. Die lüsterne Herrscherin lässt sich Jünglinge vorführen, dieselben nach verrichteten Diensten durch eine bezeichnende Halswunde von Schergen töten und ihre Leichen sodann die Seine bzw. die Donau hinunterschwimmen, da der Film dort bzw. vor dem Budapester Schloss Vajdahunyad gedreht worden ist. Die Hauptdarstellerin, Terry Torday, wird dabei mit Balazs Kosztolanyi «oben ohne» und in eindeutigen Posen gezeigt, wobei beide Akteure bis zu den Hüften «ohne» erscheinen. ■

Moskaus «Weissbuch»

(Fortsetzung von Seite 9)

alle an den Galgen zu schleppen, die Sympathien für die Sowjetunion und ihre Verbündeten hegten, ist eine Erfindung. I. Svitak befand sich zu der Zeit gar nicht in der Tschechoslowakei.

■ ■ ■

Seite 141 (deutsche Ausgabe S. 137; Red. KB): Der Bericht über den Abschuss eines sowjetischen Helikopters bei Teplice ist unwahr. Das regionale Nationalkomitee der Region Nordböhmen in Usti hat die in ausländischen Presseagenturen verbreitete Behauptung untersucht und folgende Erklärung veröffentlicht:

«Nach Besprechung eines Rapportes der Organe für Oeffentliche Sicherheit, die den Fall untersucht haben, hat der Rat des Nationalkomitees der Region Nordböhmen erklärt, mit dieser Darstellung durch ausländische Presseagenturen nicht einverstanden zu sein. Die Untersuchung bewies, dass der fragliche Helikopter nicht abgeschossen wurde. Aussagen einer Anzahl von glaubwürdigen Zeugen sind vorhanden. Die Ansicht, der Helikopter sei abgeschossen worden, wird schon durch die Tatsache entkräftet, dass die wegen dichten Nebels minime Sicht den wirksamen Gebrauch von Waffen ausschloss. Die Feststellung, dass der Helikopter nicht abgeschossen wurde, ist auch vom Kommandanten der sowjetischen Einheit, die zur Absturzstelle kam, anerkannt worden. Der Kommandant dieser sowjetischen Einheit vergewisserte sich auch von sich aus der Tatsache, dass im Gebiet Milesovsky, wo sich eine Einheit der Tschechoslowakischen Volksarmee befand, keine Waffen benutzt wurden.» (Zitiert aus «Pruboj», 20. September 1968.)

Seite 141 (deutsche Ausgabe S. 137; Red. KB): Soweit es um die Meldungen geht, wonach auf sowjetische Soldaten geschossen worden sei, werden diese durch die Erklärung widerlegt, welche der Vorsteher der Untersuchungsabteilung der Prager Generalstaatsanwaltschaft, Jiri Kotlar, abgab. Sie wurde in «Reporter» Nr. 38/1968 auf Seite 7 veröffentlicht:

«Wir haben keinen einzigen Fall festgestellt, in welchem unsere Bürger von Feuerwaffen Gebrauch gemacht hätten.»

Seite 142 (deutsche Ausgabe S. 138; Red. KB): Der Text behauptet, die Konterrevolutionäre hätten ihre Radiosender benutzt, zu Streiks, Sabotage und Demonstrationen aufzurufen. Das Radio sendete tatsächlich Aufrufe zu demonstrativen allgemeinen Streiks, gleichzeitig auch Aufrufe zur Bewahrung von Ruhe und Ordnung. Es half, die Versorgung sicherzustellen, und forderte die Arbeiter auf, die Arbeit dort fortzuführen, wo es um allgemeinwichtige Installationen in den Städten und um die Versorgung ging (Elektrizitätswerke, Wasserversorgung, Bäckereien).

*

All dies sind Stellungnahmen wissenschaftlicher Kollektive zur Publikation «Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei». Wenn die Autoren dieser Broschüre wirklich an Tatsachen interessiert wären, könnten sie selbst noch viele andere finden, die sich aufführen liessen. Wir wünschen sie nicht aufzuzählen, da wir sonst die Zensurvorschriften übertreten könnten. ■